

Siebert, Horst

**Article — Digitized Version**

## Wirtschaftliche Perspektiven der achtziger Jahre

Der Volks- und Betriebswirt

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Siebert, Horst (1981) : Wirtschaftliche Perspektiven der achtziger Jahre, Der Volks- und Betriebswirt, ISSN 03422658, KMT-Verlagsgesellschaft für Wirtschaftspublizistik, Bonn, Vol. 51, Iss. 4, pp. 9-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3605>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Wirtschaftliche Perspektiven der achtziger Jahre

von Professor Horst Siebert, \*) Mannheim

Einen Blick voraus zu werfen, bedeutet, sich aufs Glatteis zu begeben, wo man nur allzu leicht ausrutscht oder einbricht. In einschlägigen Kreisen lautet das erste Gesetz der Prognosen: „Vorhersagen zu machen ist schwer, vor allem wenn es die Zukunft betrifft.“ Eine andere Prognoseweisheit mahnt ebenfalls zur Vorsicht. „In dem Moment, in dem man eine Vorhersage macht, weiß man: Man wird schief liegen. Man weiß nur nicht wann und in welcher Richtung.“ (1)

Niemand kann heute übersehen, wie sich die Wirtschaft in der Zukunft entwickeln wird. Aber es ist doch verlockend, darüber nachzudenken, wie es weitergehen wird. Wir wollen dabei unser Augenmerk nicht auf das nächste halbe Jahr richten, sondern — ohne Anspruch auf Vollständigkeit — einige wirtschaftliche Gesichtspunkte für die achtziger Jahre herausarbeiten.

Die Nachkriegszeit war durch kräftige Wachstumsschübe gekennzeichnet; die Glaskugeln der politischen Vorausschau zeigten günstige Entwicklungslinien auf. In den fünfziger Jahren, in denen man ja nicht so sehr vom Wachstumsziel sprach, nahm der Güterberg in der Bundesrepublik um stolze 8 Prozent pro Jahr zu. In den sechziger Jahren, in denen das Wachstumsziel wirtschaftspolitisch im Vordergrund stand, wuchs der Kuchen schon weniger, aber immerhin um 5 Prozent pro Jahr. In den siebziger Jahren sank die Zuwachsrate auf 3 Prozent, und einige Länder, wie Großbritannien, mußten zusehen, wie ihr Kuchen am Ende einiger Jahre sogar kleiner geworden war.

In den siebziger Jahren wurde die optimistische Vorstellung der Nachkriegszeit wie mit einer Zange von zwei Seiten eingequetscht: Einmal setzte eine Änderung in der Werthaltung ein, so daß Wachstum von der Zielseite her zunehmend in Frage gestellt wurde. Zum anderen zeigten die Ölkrise des Jahres 1973 und die danach erfolgten Preiserhöhungen für Öl sehr deutlich die Grenzen des Wachstums auf, die von den Produktionsmöglichkeiten aus drohen. Welches sind vor diesem Hintergrund die Entwicklungslinien der achtziger Jahre?

In den letzten 12 — 15 Jahren scheint sich bei Teilgruppen eine Wandlung in den Wertvorstellungen zu ereignen. Die negativen Auswirkungen der Wachstumsprozesse, wie die Zerstörung der Natur, wurden betont. Die „Überfluß-“ und „Wegwerfgesellschaft“, das Hervorheben materieller Belange, die Lieblosigkeit der neuen Trabantenstädte — all dies wurde kritisiert. Qualitatives anstatt quantitatives Wachstum war die Forderung. Die Bewegung der Lebens-

qualität, die Suche nach „ökologisch vertretbaren“ Lebensformen, der Versuch neuer Organisationsverfahren in der Produktion, eine größere Freizügigkeit in den Arbeitsregelungen, sind Ausdruck dieser Entwicklung. Gleichzeitig stemmte sich das Individuum gegen gigantische technokratische Lösungen, in denen der einzelne sich verloren vorkommt. Der Mensch ist doch nicht bereit, sich einer perfekten, nüchternen technischen Rationalität unterzuordnen, wenn dadurch ein Mangel an Gemüt entsteht. Rationalismus als Ansatzpunkt gesellschaftlicher Lösungsansätze kann nicht beliebig weit getrieben werden: „Auch die Seele will mal baumeln“, war ein Slogan der siebziger Jahre. Der einzelne verlangt eine größere Rolle, was sich bei den Amerikanern im Ausdruck „Ich-Jahrzehnt“ bekundet. Die Besinnung auf religiöse Fragen in der jungen Generation, der Erfolg der Mullahs in einem auf Industrialisierung ausgerichteten Iran sind Signale dieser Umorientierung.

Die neue Wertordnung scheint einherzugehen mit einer Umbruchsituation von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die sowohl über größere Freizeit als auch über mehr Einkommen verfügt. Damit verschieben sich die Wünsche zugunsten anderer Güter.

Niemand vermag zu sagen, inwieweit die neue Wertorientierung von Teilgruppen in den achtziger Jahren anhält und inwieweit sie sich auf die Gesellschaft ausdehnt. Moralische Forderungen müssen auch an ihren Konsequenzen gemessen werden. Heute macht bereits mancher die Gegenrechnung auf: das einfache Leben erfordert so viele Opfer, daß wir um hundert Jahre zurückversetzt werden, auch in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und in den Arbeitsprozessen, etwa in der Arbeitszeit. Die Gesellschaft ist wie ein Schiff auf hoher See. Ein einzelner kann aussteigen und bei angenehmer Brise in ein schickes Segelboot umsteigen — aber was wird, wenn alle aussteigen?

Auch wenn wir eine Änderung des Wertesystems vernachlässigen, bleiben noch einige handfeste ökonomische Fragen übrig. Betrachten wir zunächst die natürlichen Rohstoffe. In den siebziger Jahren haben die westlichen Industrienationen ein Ansteigen des Rohölpreises pro Faß unvorstellbaren Ausmaßes erlebt. Man versetze sich zurück in die Jahre 1968, 1969 oder 1970, in denen der Faß-Preis sich um ein oder zwei Cents pro Jahr bewegte. 1970 lag der Preis für Arabian Light bei etwa 1,50 Dollar. Heute liegt er bei ca. 28 Dollar, d. h., wir haben in zehn Jahren mehr als eine Verzehnfachung erlebt. Die Macht der OPEC war für diesen Preisanstieg verantwortlich. Versetzen Sie sich in das Jahr 1970 zurück. Wenn Sie dann eine Prognose einer Verzehnfachung

\*) Prof. Dr. Horst Siebert ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Außenwirtschaft an der Universität Mannheim

hören — diese Nachricht wäre schockierend, niederschmetternd und erdrückend gewesen. Wenn wir eine ähnliche Entwicklung für die nächsten zehn Jahre annehmen würden, würde der Preis pro Barrel auf 300 — 400 Dollar steigen. (Seit Ende 1978 bis zum Februar 1980 sind die Rohölpreise um 123,6 Prozent von durchschnittlich 12,93 Dollar auf 28,09 Dollar pro Faß gestiegen. Dieser Preisschub ist von gleicher Größenordnung wie 1973/74.)

Ähnlich wie Japan ist die Bundesrepublik von einer Rohstoffverknappung oder -verteuerung in besonderer Weise betroffen, da wir sowohl im Energiebereich als auch bei mineralischen Rohstoffen wie Erzen von der Natur nicht gesegnet sind. Wir sind stark abhängig von Rohstoffimporten.

Welche Auswirkungen von einem weiteren Anstieg der Rohölpreise erwartet werden können, ist natürlich allzu deutlich. Die Inflationsrate kann steigen, die Beschäftigung kann rückläufig werden, die Konjunktur einbrechen und Wachstumsprozesse können gebremst werden. Gleichzeitig müssen wir mehr Güter exportieren, um ein Faß Rohöl zu erhalten. Man erwartet, daß 1980 zusätzlich 20 Mrd. Mark wegen der Rohölimporte abfließen werden. Wirtschaftswissenschaftler nennen das die Verschlechterung des Austauschverhältnisses. Die exportierten Güter verringern unseren Güterberg, sind also zur Verteilung nicht mehr vorhanden. Das bedeutet, daß wir Einkommen an die Erdölproduzenten abgeben, das bei uns nicht nochmal verteilt werden kann. Die Erdölknappheit kann bei zunehmender Inflationsrate, Arbeitslosigkeit und gegebenenfalls Zahlungsbilanzdefiziten uns schärfere innere Verteilungskonflikte zwischen den Tarifparteien bescheren und uns damit in die Nähe der englischen Krankheit der sechziger und siebziger Jahre bringen. Bei kleiner werdendem Kuchen werden die Kämpfe um die Kuchenstückchen schärfer — und davon gehen Rückwirkungen auf das Wirtschaftssystem aus.

Inwieweit dieses Szenario in diesem Jahrzehnt sich einstellt, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, so von der Frage, ob neue Erdölvorkommen entdeckt werden und insbesondere, ob wir in der Lage sind, unsere Nachfrage nach Erdöl zurückzuschrauben, entweder, indem wir Energie einsparen oder alternative Energien wie Kohle oder Atom entwickeln. Technologische Durchbrüche in diesen Bereichen oder die Durchsetzung dieser alternativen Technologien können die Erdölvorräte der OPEC-Staaten teilweise entwerten und den Anstieg des Ölpreises vermeiden. Die Suche nach einer Alternative ist deshalb eine zentrale Aufgabe für die achtziger Jahre.

Neben der Rohstoffnachfrage eröffnet auch ein anderer Faktor wenig rosige Ausblicke: die Bevölkerungsentwicklung. Die Bundesrepublik erlebt derzeit einen Rückgang der Geburtenrate, die teilweise technologisch bedingt ist — durch die Pille, teilweise aber auch aus der neuen Wertorientierung herauskommt. 1965 betrug die Zahl der Lebendgeborenen pro 1000 der Gesamtbevölkerung 18,3; im Jahr 1978 ging diese Zahl auf ca. 9,4 zurück. Es gibt Berechnun-

gen, die vermuten, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik — der Deutschen — um 6 Millionen bis zum Jahre 2000 abnehmen und die Bevölkerung auf ca. 51 Millionen zurückgeht. Was bedeutet dieser Bevölkerungsrückgang?

Abnehmende Bevölkerung bewirkt, daß die Konsumnachfrage abnimmt. Auch die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, wie Kühlschränken und Automobilen und nach Infrastruktur wie Wohnungen, aber auch Verkehrsinfrastruktur, Schulen usw. geht zurück. Damit entfallen wichtige Nachfrageimpulse für einige Sektoren wie die Bauwirtschaft, die Konsumgüterindustrie, die sich auf Grund der Verflechtung zwischen Wirtschaftszweigen fortpflanzen. Wachstum sinkt ab.

Der Rückgang der Bevölkerung, der uns von den siebziger Jahren vererbt wird, hat mit einer zeitlichen Verzögerung von 18 — 20 Jahren seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Das Arbeitsangebot wird geringer. Zwar darf man von dieser Entwicklung insgesamt erwarten, daß das Problem der Arbeitslosigkeit ab Mitte der achtziger Jahre sich entschärft, aber wir wissen nicht, ob die geringer werdenden Arbeitskräfte nicht einen dämpfenden Effekt auf wirtschaftliches Wachstum ausüben werden. Diese mangelnden Arbeitskräfte durch Gastarbeiter zu ersetzen, beschert uns — wenn bestimmte Grenzen überschritten werden — eine Reihe von Problemen.

Abnehmende Bevölkerung hat auch Konsequenzen für das Rentenproblem und die Staatsverschuldung. Unser Rentensystem beruht darauf, daß die junge produktive Generation Einkommensverzichte zugunsten der älteren Generation leistet. Die junge Generation darf ihrerseits erwarten, daß die nachwachsende nächste junge Generation einen entsprechenden Kaufkraftverzicht leistet. Diese Regelung, die der alten bauerlichen Großfamilie abgesehen ist, funktioniert nur, wenn sich junge und alte Generation etwa die Waage halten. Wächst eine junge Generation nur sehr schwach nach, so gerät dieses System in Schwierigkeiten, da dann von der jungen Generation zu große Opfer verlangt werden. Aber auch aus dem Staatshaushalt ist die Rentenregelung dann nicht mehr zu finanzieren, da die Staatseinnahmen ja vorwiegend von der jungen Generation aufgebracht werden müssen.

An dieser Stelle zeigt sich auch die Problematik der Staatsverschuldung, die ja im Prinzip eine Belastung zukünftiger Generationen darstellt. Die Staatsverschuldung, die wir heute vornehmen, engt den zukünftigen Spielraum der Politik ein; zukünftige Generationen müssen Steuern zahlen, um Zinsdienste zu leisten und die Kredite zurückzuzahlen. Diese Wechsel auf die Zukunft verschärfen das Rentenproblem.

Die abnehmende Bevölkerung wird also erhebliche Probleme bei der Rentenregelung und für den Bewegungsspielraum der staatlichen Politik in den achtziger Jahren bescheren.

Wir haben bisher drei Faktoren diskutiert, die für die achtziger Jahre von Interesse sind: Änderung der Wertorientierung, Knappheit der natürlichen Ressourcen und Bevölkerungsentwicklung. Unsere Wirtschaft ist vor ungeheueren Anpassungsproblemen gestellt. Dies wird noch verstärkt, wenn wir andere Entwicklungen in Betracht ziehen: Die Lösung des Nord-Süd-Problems erfordert die Öffnung unserer Märkte, damit die Länder der Dritten Welt Export- und Produktionschancen erhalten. Dies ist aber nur möglich, wenn bei uns Wirtschaftszweige — die nicht mehr wettbewerbsfähig sind — schrumpfen. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Griechenland, Portugal und Spanien wirft viele Fragen z. B. in der Agrarpolitik auf.

Die zentrale Frage ist nun, wie das marktwirtschaftliche System auf diese Probleme reagieren wird. Können Märkte die Probleme der Zukunft lösen? Es gibt Gruppen, die vertreten die Meinung, die Herausforderung der achtziger Jahre sei so stark, daß Märkte ihr nicht gewachsen seien. Diese Einschätzung muß mit anderen Problemen verglichen werden, denen sich die Marktwirtschaft in der Vergangenheit gestellt hat. Eine dieser Herausforderungen, wohl die wichtigste, kann man nachlesen in der Debatte über die Einführung des marktwirtschaftlichen Systems in der Nachkriegszeit. Alles lag darnieder, Knappheit allerorten, die Lage war katastrophal: Wie konnte man nur in dieser aussichtslosen Lage (1948) dem Markt die Steuerung der Wirtschaftsprozesse überlassen? Es gab starke Gruppen, die damals für kräftige staatliche Eingriffe eintraten. Die historische Erfahrung zeigt jedoch, daß die Marktwirtschaft mit dieser Schwierigkeit fertig wurde (und dieses Urteil ist heute wohl allgemein akzeptiert). Wer die Situation damals mit der Rohstoffkrise heute vergleicht, erhält die richtigen Bezugspunkte! Die Situation nach Kriegsende war wohl ungleich schwieriger.

Märkte haben den Vorteil, daß sie flexible Anpassungen bei den einzelnen Haushalten — es sind etwa 20 Millionen in der Bundesrepublik — und bei der halben Million Unternehmen auslösen. Preise entfalten bei den Wirtschaftseinheiten Phantasie und lösen gewünschte Anpassungsprozesse aus. Ohne Preisanstieg für Erdöl würde heute noch kein Nordsee-Öl abgebaut, und ohne Preisänderungen würden wir nicht an die Verflüssigung der Kohle herangehen. Ohne Preisanstieg würde das Alaska-Öl heute noch unter der Eisdecke schlummern, würde die Isolierung von Häusern nicht lohnend erscheinen. Wer sich heute auf dem Baumarkt umsieht, muß erkennen, daß Hausbesitzer, insbesondere von Eigenheimen, längst mit energiesparenden Maßnahmen zu tüfteln beginnen. In Neubauten steht eine neue Heizungstechnologie, Solarzellen und Wärmepumpen beginnen sich einen Weg zu bahnen, und in Altbauten wird kräftig isoliert und z. B. durch den Einbau von Ventilen Energie gespart. Ohne hohe Energiepreise würde sich auch die Entwicklung benzinsparender Motoren nicht lohnen. Man vergleiche nur, zu welchen benzinfressenden

Motoren die billigen Benzinpreise in den USA geführt haben. Ohne Preisanstieg schließlich würde die Solar-Energie nicht konkurrenzfähig.

Wer glaubt, daß diese Anpassungsprozesse der achtziger Jahre vorwiegend durch die Politik gesteuert werden sollten, möge sich die Erfahrungen mit politischen Steuerungen von Wirtschaftszweigen ansehen. Greifen wir zwei Beispiele heraus. Die europäische Agrarpolitik und die amerikanische Energiepolitik. Die europäische Agrarpolitik ist bisher nicht in der Lage gewesen, die Butterberge und Zuckergipfel, die Milchseen und die Weingewässer zu vermeiden, und nach dem Beitritt von Griechenland, Portugal und Spanien ergießt sich ein Strom von überschüssigem Olivenöl in diese Landschaft.

Ein schlagendes Beispiel für Politikversagen ist die amerikanische Energiepolitik, die stark in Märkte eingegriffen hat und den Preis für Energie niedrig gehalten hat. Die Folge war und ist eine Energieverschwendung, ein mangelnder Anreiz, Energie einzusparen und zu gewinnen, eine starke Importabhängigkeit auf diesem Feld mit entsprechenden Konsequenzen für die politische Beweglichkeit der amerikanischen Politik und schließlich die Unfähigkeit, den einmal gesetzten niedrigen Energiepreis im Gestrüpp der Interessengruppen gemäß der Knappheit zu korrigieren.

Ein Problem der achtziger Jahre scheint zu werden, welche Rolle dem Markt und welche Rolle der Politik zugewiesen wird. Ich vertrete die These: Je stärker die Politik in die Märkte eingreift, um so weniger werden die Probleme langfristig gelöst.

Was bedenklich stimmt, ist, daß Preise und Märkte bei uns zunehmend einem politischen Einfluß ausgesetzt sind und teilweise außer Kraft gesetzt werden. Damit wird die Aussagefähigkeit geschwächt. Giersch spricht davon, daß die Kreislaufbahnen der Volkswirtschaft zunehmend verschlackt sind und die reichen Industrienationen von einer Arteriosklerose befallen sind:

- wir neigen dazu, Preise verstärkt einzufrieren, so daß spontane Reaktionen verlorengehen;
- Konzentration beseitigt den Wettbewerb und damit die entscheidende Stimulation für technischen Fortschritt;
- wir suchen bei neuen Problemlösungen zuerst einmal nach den Gestaltungsmöglichkeiten durch den Staat wie bei der Förderung der Technologie durch das Bundesministerium für Forschung, Entwicklung und Technologie;
- wir subventionieren — auch in Wirtschaftszweigen, die sehr zukunftssträftig sind, wie bei der Entwicklung neuer Motoren und neuer Energieanlagen, und auch bei Unternehmen, die ziemlich stark auf der Brust sind;
- und schließlich geht die Haftungs- und Risikobereitschaft in der Wirtschaft zurück.

Im Zusammenhang mit den Preisen erscheint die Forderung nach Investitionslenkungsräten in einem neuen Licht. Dieses System propft auf dem Markt ei-

nen politischen Einfluß, der sich auf die Preise und damit auf die Anpassungsfähigkeit des Systems auswirkt. So verständlich der Wunsch ist, die Geschehnisse zu beeinflussen, von denen man direkt betroffen wird — Marktpreise haben den Vorteil, dem direkten Einfluß der Interessengruppen entzogen zu sein, und damit nicht direkt dem politischen Prozeß zu unterstehen. Man darf erwarten, daß politische Rücksichtnahme zu falschen, verzerrten Preisen führt und damit die Anpassungsprozesse verlangsamt werden. Preise und Preisänderungen werden — wie das Beispiel Polens in den Jahren 1956, 1970, 1976 und 1980 zeigt — zu einem politischen Phänomen, das den Kräften von Angebot und Nachfrage entzogen wird und politischen Eigengesetzlichkeiten folgt.

Die eher pessimistische und selbstzweifelnde und etwas verängstigte Stimmung im Jahre 1980 ist aus den veränderten Produktionsbedingungen der siebziger Jahre und der Veränderung der Wertorientierung zu erklären. Diese Stimmung, die vermeintliche Einschätzung der ökonomischen Situation, kann sich schlagartig ändern. Ähnlich wie in einem Fußballstadion, in dem die Heimmannschaft wegen schlechter Leistung ausgepfeift wird und in dem ein Tor den Applaus und die Hoffnung wieder aufbringt, können die Stimmung und die Erwartungen umschlagen: neue Rohstofffunde, die Entdeckung neuer Rohstoffquellen, neue Produktionsverfahren, neue Werteinstellungen, neue Investitionsmöglichkeiten und geänderte Erwartungen können völlig andere Entwicklungslinien eröffnen. Die Bereitschaft, die Ärmel hochzukrempeln, und die Zuversicht, daß die anstehenden Fragen lösbar sind, sind bereits wichtige Schritte in die Zukunft. Es ist Aufgabe der Politiker und auch der Intelligenz, über

neue Perspektiven nachzudenken und sie aufzuwecken. Besonders kommt es darauf an, durch politische Eingriffe zukünftige Entwicklungschancen, die technologische Dynamik eines Wirtschaftssystems und seine Anpassungsfähigkeit nicht zu zerstören.

Im übrigen muß man daran erinnern, daß ein Blick in die Zukunft eine problematische Sache ist und oft nur bekannte Trends in die Zukunft fortschreibt oder — wie man sagt — extrapoliert. Über solche Extrapolationen hat sich Mark Twain im „Leben am Mississippi“ bissig wie folgt geäußert, wobei man wissen sollte, daß Cairo eine Stadt am Oberlauf des Mississippi ist. Ich zitiere:

„Im Lauf von 175 Jahren hat sich der Untere Mississippi um 246 Meilen verkürzt. Das macht im Durchschnitt etwas mehr als eindrittel Meile pro Jahr. Deshalb kann jeder besonnene Mensch, der nicht blind oder schwachsinnig ist, sehen, daß der Untere Mississippi im altolithischen Silur — nächsten November ist es gerade eine Million Jahre her — über dreihunderttausend Meilen lang war und wie eine Angelrute über den Golf von Mexiko hinausragte. Und umgekehrt kann jeder sehen, daß der (Untere) Mississippi in 742 Jahren nur noch eindreiviertel Meilen lang sein wird (und daß dann Cairo und New Orleans ihre Straßen zusammengelegt haben und unter einem einzigen Bürgermeister und einem gemeinsamen Gemeinderat bequem weitermachen werden). Wissenschaft hat etwas Faszinierendes an sich. So eine geringfügige Investition an Fakten liefert so einen reichen Ertrag an Voraussagen.“

### Literaturhinweis

(1) Zu weiteren Prognosegesetzen vgl. Edgar R. Fiedler; Wie man nichtssagend bleibt, aber trotzdem eine Autorität. In Orestes V. Trebeis, Nationalökonomie, Tübingen 1979.

## Probleme mit Prognosen

### Vorhersagen seit Jahrzehnten eine Kette von Fehlleistungen

von Dr. F. Walter Baier, Berlin

Für Blicke in die Zukunft sind Experten selten eine Hilfe. Die Zukunftsforschung hat diese Erfahrung mit ihrer Delphi-Methode gemacht. Sie bestand darin, Fachleute zu künftigen Fortschritten auf ihren Gebieten zu befragen. Die Antworten wurden in Listen gesammelt, die die Experten erhielten, um sie zu überdenken. Aus ihren verbesserten Antworten wurden Prognosen zusammengestellt und als Ergebnis geballten Sachverständes der Öffentlichkeit vorgeführt.

Ein Beispiel dafür ist der Bericht, den der „Forschungsstab für nationale Ziele“ des US-Präsidenten Nixon 1970 über Entwicklungen veröffentlichte, die während der siebziger Jahre gelingen würden. Der Bericht prophezeit die weite Verbreitung des Bildtelefons, Möglichkeiten zur Beeinflussung von Wetter, Lernen und Gedächtnisleistung. Nichts davon ist eingetreten. Auch die vorausgesagte Jahrespritze hat die tägliche Antibabypille nicht ersetzt. Weil sie versagte, wurde die Delphi-Methode aufgegeben. In Rückzugsgefechten versuchten Zukunfts-

forscher, sich damit zu rechtfertigen, wenigstens die Tendenz habe gestimmt.

Daß Prognosen und Prophezeiungen so oft versagen, hat einen einfachen Grund: Erfindungen lassen sich nicht vorhersagen. Ehe sie gemacht werden, sind sie sogar unvorstellbar. Just das macht es auch unmöglich, ihre Folgen zu übersehen. So schätzte der Elektronik-Gigant IBM um die Mitte der fünfziger Jahre den bundesdeutschen Computer-Bedarf auf etwa zwanzig Datenverarbeitungsanlagen. Daß es heute einige hunderttausend Rechner aller Arten und Größen in der Bundesrepublik gibt, ist die Folge der Integration elektronischer Schaltkreise. Sie war in den fünfziger Jahren noch nicht erfunden.

Gerade die Naturwissenschaften zeigen, daß man die Zukunft — zum Beispiel das Ergebnis eines Versuches — nur dann vorhersagen kann, wenn alle Bedingungen, unter denen ein Vorgang abläuft, exakt beschrieben werden können. Das ist außerhalb des Labors aber so gut wie unmöglich. Unter diesem Mangel leiden Prognosen über die künftige Wirt-